

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/5

Bonn, den 8. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Was soll das ? ----- Der Vietnam-Krieg und wir	32
2	Ohne Emotionen ----- Zu den amerikanischen Bemühungen um den Devisenausgleich	41
3	R A P A C K I ----- Starke Worte helfen Europa nicht weiter	45
4	Mitteldeutscher Alltag ----- Mehr Rechte für Selbstverwaltungsorgane der DDR	54
5	Verworrene Tage in Frankreich ----- Regierung Pompidou immer abhängiger von den Kommunisten Von Georg Scheuer, Paris	58

* * *

*

Was soll das ?

Der Vietnam-Krieg und wir

sp - Am vergangenen Wochenende erlebte man in der Bundesrepublik ein merkwürdiges Schauspiel. Der SPD-Vorstand hatte Freitag mittag im Zusammenhang mit einer Aussprache über die internationale Lage und getragen von der Sorge über die weitere Entwicklung des Vietnam-Krieges unter Bezugnahme auf einen im Oktober 1967 einstimmig gefaßten Beschluß des Generalrates der Sozialistischen Internationale der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Vietnam-Krieges von Erfolg gekrönt sein mögen. Der SPD-Vorstand hatte dabei an die entsprechenden Initiativen des UNO-Generalsekretärs U Thant sowie des Papstes erinnert und dadurch deutlich gemacht, daß es sich bei seiner Stellungnahme weder um ein Novum, noch um eine isolierte und überraschende Aktion handelte.

Was geschah daraufhin? Ein CDU-Sprecher fühlte sich bemüßigt, die SPD zu "tadeln", und eifrige Kommentatoren meinten, es sei doch ein starkes Stück, daß eine Regierungspartei sich anmaße, die Politik des amerikanischen Alliierten zu kritisieren.

Diese Reaktion ist bezeichnend für manches, was in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Meinungsbildung geschieht. Denn:

- * 1.) Der Beschluß des Generalrats der Sozialistischen Internationale ist schon mehrere Monate alt und wurde bisher - trotzdem die SPD an ihm ebenso wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien beteiligt war - von niemandem kritisiert; nicht einmal von den Amerikanern!
- * 2.) Wenn jemand die in dem Beschluß der Sozialistischen Internationale geäußerte Hoffnung auf einen baldigen und gerechten Frieden in Vietnam für falsch hält und diesen Beschluß sogar als "Kritik an amerikanischen Alliierten" betrachtet, unterstellt er damit den Amerikanern, daß sie keinen Frieden wünschen, sondern unbedingt den Krieg weiterführen wollen.

Man muß sich also fragen, wem mit einer derartigen Stimmungsmache gegen die SPD gedient sein soll.

Ohne Emotionen

Zu den amerikanischen Bemühungen um den Devisenausgleich

so - Die Ankündigung der amerikanischen Sparmaßnahmen und die Reise des stellvertretenden US-Außenministers Katzenbach zu den europäischen Verbündeten und Freunden der USA wirkt natürlich auch für die Bundesrepublik einige Fragen auf, die sachlich beantwortet werden müssen. soll nicht der Eindruck entstehen, als würde Europa nicht, wie groß die Bedeutung einer intakten amerikanischen Wirtschaft auch für den europäischen Kontinent ist. Nach der direkten Unterrichtung der meisten europäischen Regierungen werden nun Beratungen darüber folgen müssen, in welcher Weise den amerikanischen Bemühungen um einen Devisenausgleich entgegengekommen werden kann.

Falsch wäre es, wenn man in der Bundesrepublik so hätte, als gehe um dieses Problem allein an und müsse ausschließlich in bilateralen Besprechungen zwischen den USA und der Bundesrepublik gelöst werden. In Washington weiß man genau, daß dies nicht der Fall ist. Istens ist die Wirtschaft des freien Europa so sehr untereinander verflochten - nicht nur die Wirtschaft der EG-Staaten - daß Maßnahmen zwangsläufig zu wirtschaftlichen Erschütterungen auf dem ganzen europäischen Kontinent führen würden.

Aber auch die im NATO-Bündnis zusammengefaßten Staaten müssen daran interessiert sein, daß die mit den Verteidigungsmaßnahmen in Zusammenhang stehenden Finanzprobleme nur gemeinsam beraten und ohne wirtschaftliche Erschütterungen für den einen oder anderen gelöst werden können.

Ähnlich wie bei der Kennedy-Runde wird man also auch jetzt eine Prozedur zu entwickeln haben, die sowohl den europäischen als auch den atlantischen Interessen entspricht. Jedes andere Verfahren, etwa der Versuch einzelner Partner, für sich eine Sonderlösung zu finden, könnte sich politisch und wirtschaftlich schlimm auswirken.

Für die Bundesrepublik stellt sich hier noch ein spezielles Problem. Tinnel veranlaßt uns unsere eigene wirtschaftliche Situation zu äußerster Sparsamkeit und zum anderen sind wir gerade im Begriff, unsere öffentlichen Ausgaben entsprechend den in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Maßnahmen in Ordnung zu bringen. Wir meinen, daß dies auch den Amerikanern bekannt ist und daß schon aus diesem Grunde jede Dramatisierung notwendiger Verhandlungen mit ihnen fehl am Platze wäre.

Am schlechtesten wäre es jedoch, wenn man bei uns etwa die ganze Problematik des amerikanischen Devisenausgleiches emotional behandeln würde. Nur äußerste Sachlichkeit und die Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen der freien Welt können zu einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung führen.

RAPACKI

Starke Worte helfen Europa nicht weiter

sp - Nach der Meinung des polnischen Außenministers Rapacki hat sich seit Bestehen der Großen Koalition in der deutschen Ostpolitik nichts geändert. Sie trage die gleichen Wesenszüge wie die der früheren Regierungen und sie sei nach wie vor bestrebt, den Status quo zu verändern. Die Bundesrepublik sei, so Rapacki in seinem Interview im kommunistischen Parteiorgan TRIBUNA LDDU, das Haupthindernis zur Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; und drohend fügte er hinzu, jeder Versuch, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze zu beseitigen, würde Gewalt erfordern und unweigerlich den Atomkrieg auslösen.

Das sind starke Worte aus Warschau. So stellt sich also die Ostpolitik der Großen Koalition in den Augen des polnischen Außenministers dar, die nimmt das Bestreben der Bundesregierung, auch mit allen Kindern des Warschauer Paktes normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen, nicht zur Kenntnis und, was noch schmerzlicher ist, sie übertrifft völlig den von der Regierung Kiesinger/Brandt ausgesprochenen Gewaltverzicht, der auch den anderen Teil Deutschland einbezieht. Die Bundesrepublik wird zum Prügelknaben Europas abgestempelt, zum Unruhestifter degradiert, Behauptungen, die in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen.

Der Verzicht auf die Gewalt als ein Mittel der Politik gehört zu den elementarsten Bestandteilen der Politik der Bundesregierung und kein vornehmlicher Mensch denkt daran, von diesem durch die schrecklichen Erfahrungen zweier Weltkriege vorgezeichneten Weg abzuweichen. Auch das deutsche Volk will wie das polnische den Frieden; woher nimmt der polnische Außenminister das Recht, der Bundesrepublik diesen Willen zu bestreiten?

Im Übrigen äußerte Rapacki in seinem Interview Gedanken über die europäische Sicherheit, die schon vor vielen Jahren in dem nach ihm benannten Plan ihren Niederschlag gefunden haben und in den Karlsbader Beschlüssen der Warschauer-Pakt-Staaten konkretisiert und verpflichtet wurden. Gewiß sind darin diskussionsfähige Elemente enthalten und wir Deutschen haben keinen Grund, eine solche Diskussion zu scheuen.

Das große Thema einer gesicherten europäischen Friedensordnung bleibt auf der Tagesordnung jedweder Europapolitik. Das Zustandekommen einer solchen Friedensordnung kann jedoch kein einseitiger Akt sein, sie muß mit der Zustimmung und Mitwirkung aller durch den Zweiten Weltkrieg betroffenen Völker erfolgen; soll sie Bestand haben. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann auch nur in dem Maße Fortschritte machen, in dem das heute gesplittete Europa sich einigt. Ein solches in einer gesicherten europäischen Friedensordnung eingebettetes Deutschland wird auch den östlichen Nachbarn die Furcht vor einem angeblichen Wiederaufleben des deutschen Militarismus, drückende Erbschaft des Letzten Krieges, nehmen. Die Äußerungen des polnischen Außenministers freilich zeigen, wie lang und schwierig der Weg dorthin noch ist. Wir brauchen einen langen Atem und müssen uns mit viel Geduld und Beharrlichkeit wappnen, ohne das Ziel aus der Sicht zu verlieren.

Mitteldeutscher Alltag

Mehr Rechte für Selbstverwaltungsorgane der DDR

Von Walther Ramm

Zum Jahresanfang wird in etwa 9 000 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein "Beschluß des Staatsrates der DDR vom 13. Sept. 1967" verwirklicht, der der Finanz- und Haushaltspolitik dieser Selbstverwaltungsorgane mehr Freiheiten gibt. Die kreisangehörigen Stadt- und Gemeinderäte müssen nach diesem Beschluß ihre Haushaltspolitik in eigener Verantwortung ordnen. Damit ist für kommunale Wünsche und Bedürfnisse ein größerer Spielraum gegeben, als es nach der bisherigen Regelung, einer streng gebundenen Plandisziplin von oben, möglich war. Der Bewegungsraum, der diesen Selbstverwaltungsorganen nun gegeben wird, hat sich in die Rahmenplanung und die größere Selbstverantwortung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung" einzufügen.

Nach diesem neuen System erhalten nicht nur Betriebe und "Vereinigungen Volkseigener Betriebe" (VVB) größere Eigenverantwortung für eine rentable Betriebsführung zugewiesen, das neue System bliebe ein Torso, wenn nicht auch den Städten und Gemeinden diese Rechte und Pflichten zugestanden würden. Wenn die Räte der Städte und Gemeinden auch weiterhin an die Rahmenplanungen der Kreise, Bezirke und des Staates gebunden sind, so ist ihnen ein wesentliches Recht eigener Finanzgestaltung zugestanden worden. Nach der bisherigen Regelung waren die Räte durch strenge Anweisungen von oben in ihrer Finanzfreiheit wesentlich eingeschränkt. Mit der erweiterten Finanzfreiheit wächst auch die Verantwortung der Räte und Bürgermeister. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf diesem Sektor der Kommunalpolitik nicht mehr nur darauf, als ausführende Organe vorgesetzter Ämter, wie Kreise und Bezirke, aufzutreten. Mit der Verantwortung wächst gleichzeitig das Risiko, das sie nun zu tragen haben. Ein Abschieben der Verantwortung nach oben und ein Zurechtbiegen der Plan- oder Finanzschulden in den Kreisen und Bezirken schließt die größere Eigenverantwortung der Räte und Bürgermeister jetzt aus.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind gehalten, eine langfristige Planung, die bis ins Jahr 1970 hineinreicht, voranzutreiben. Der jeweilige Jahresplan muß sich in diese Vorausplanung dann einfügen.

In den kreisgebundenen Städten und Gemeinden der DDR wohnen etwa 72 Prozent der Bevölkerung. Die übrigen 28 Prozent verteilen sich auf kreisfreie Städte und auf Ostberlin.

Verworrene Lage in Frankreich

Regierung Pompidou immer abhängiger von den Kommunisten

Von Georg Scheuer, Paris

Das neue Jahr beginnt in Frankreich mit einer interessanten Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Während die demokratische Linksoption eine Offensive gegen de Gaulles EWG-Kurs startet, bricht die KPF wieder Lanzen für die Außenpolitik des Elysee. Es geht zunächst um die Einberufung einer außerordentlichen Parlaments-sitzung und die Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen die von der Regierung Pompidou geforderten Vollmachten.

De Gaulles neues Veto gegen einen EWG-Beitritt Großbritanniens hat die sozialdemokratische Föderation schon zur Jahreswende veranlaßt, eine außerordentliche Parlamentsdebatte zu verlangen, in welcher es zwischen Regierung und Opposition zu einer ernsten Kraftprobe kommen sollte. Außer den Sozialdemokraten sind nämlich auch die Christdemokraten und ein Großteil der Konservativen gegen de Gaulles EWG-Kurs. Der sozialdemokratische Antrag scheiterte jedoch am kommunistischen Widerstand. Die KPF will der Regierung Pompidou keine ernstlichen Schwierigkeiten bereiten. Die gaullistische Außenpolitik wird von der KPF in großen Zügen gutgeheißen.

Die kommunistische Opposition beschränkt sich auf wirtschafts- und sozialpolitische Motive. Aus diesem Grund wünscht sie jetzt die außerordentliche Einberufung der Nationalversammlung. Hierzu bedarf sie aber auch der Stimmen der demokratischen Linksoption. Diese will die Debatte nicht auf rein innenpolitische Fragen beschränken, sondern zugleich auch die außenpolitischen Probleme aufrollen, insbesondere die drohende EWG-Krise und die von de Gaulle verweigerte Kandidatur Großbritanniens.

Außerdem wollen die französischen Sozialdemokraten keine bloße Parlamentsdebatte, sondern konsequente Opposition bis zu einem Mißtrauensantrag, dem voraussichtlich auch die Mittelparteien zustimmen können. Das ist von größter Bedeutung, weil de Gaulles parlamentarische Kehrtkehr sehr knapp ist.

Die Kommunisten befinden sich somit in einer Klemme. Einerseits müssen sie aus demagogischen Gründen etwas gegen das gaullistische Regime unternehmen. Andererseits wollen sie dieses Regime, solange de Gaulle die Außenpolitik bestimmt, auf keinen Fall ernstlich gefährden. Die sogenannte "Einheitsfront" der französischen Linksparteien ist damit überhaupt in Frage gestellt. Was aber noch wichtiger ist: die Regierung Pompidou verdankt ihre parlamentarische Existenz immer mehr dem kommunistischen Wohlwollen.